

Der Umbau von ver.di

Seit der Gründung von ver.di im Jahr 2002 gibt es Diskussionen über die Organisationsstruktur und eventueller Änderungen. Ein kompliziertes Geflecht aus Strukturen, Zuständigkeiten, Entscheidungsfindungen und Kompetenzen waren die Voraussetzungen der Gründung von ver.di. Fanden sich doch hier so unterschiedliche Gewerkschaften wie HBV und DAG, IG Medien, dt. Postgewerkschaft (DPG) und die ÖTV zusammen, um die damals größte Gewerkschaft der westlichen Welt, mit über 3 Millionen Mitgliedern, zu bilden. Heraus kam eine sogenannte Matrix Struktur mit 13 Fachbereichen, die weitgehend autonom die Politik in ihren Bereichen bestimmen und eine 3 gliedrige Ebenenstruktur (Bund, Länder, Bezirke) die in verschiedenen Bereichen durch die 4. Ebene, den Ortsverbänden, erweitert wurde.

Mit der Gründung von ver.di wurde weitestgehend die Anzahl der Bezirke der Gründungsorganisationen übernommen, was zu ersten Diskussionen über eine Verringerung führte. So hatte z.B. die ÖTV das größte Netz an Bezirken, während die DPG hauptsächlich eine betriebliche Struktur kannte. Aber auch HBV, IG Medien und vor allem die DAG hatten schon vor Gründung von ver.di an ihren Strukturen gearbeitet und die Zahl ihrer Bezirke verringert. In ver.di entwickelten sich dann entsprechende Diskussionen und es kam in vielen Bereichen zu einer Verringerung der Anzahl der Bezirke und auch zu Zusammenlegungen von ganzen Landesbezirken wie z.B. von Thüringen, Sachsen – Anhalt, Sachsen oder aber Rheinland – Pfalz und Saarland.

Heute hat ver.di noch rund 2 Millionen Mitglieder und es wird davon ausgegangen, dass es schwierig sein wird diese Zahl zu halten. Insbesondere das hohe Durchschnittsalter der Mitglieder und die schlechte Entwicklung der Mitgliederzahlen unter jungen Beschäftigten wird als Indiz für eine schrumpfende Mitgliederzahl angesehen. Dementsprechend gibt es weitere Diskussionen über eine Anpassung an diese Entwicklung. Dabei wird zu oft vergessen, über die Gründe für die negative Mitgliederentwicklung zu diskutieren. Diese Entwicklung betrifft ja nicht nur ver.di sondern die meisten Gewerkschaften. Mit Ausnahme von GEW, Gewerkschaft der Polizei und IG Metall haben alle DGB Gewerkschaften es mit einer negativen Mitgliederentwicklung zu tun. Es gelingt den Gewerkschaften nicht, vor allem in den prekären Bereichen, Mitglieder zu rekrutieren. Nur dort wo die Gewerkschaften bereit und in der Lage sind, wirkliche Kämpfe um Verbesserungen zu führen, gibt es eine positive Mitgliederentwicklung, wie das

Beispiel Amazon deutlich macht. Aber auch die Streiks in den Sozial- und Erziehungsdiensten wie auch jetzt der Kampf um Entlastung in den Krankenhäusern haben zu einem massiven Mitgliederzuwachs geführt. Die DGB Gewerkschaften verstehen sich eben zu oft als Ordnungsfaktor und werden als zu Staatstragend empfunden, als dass sie sich als kämpferische Vertreter der Interessen ihrer Mitglieder outen. Dies trifft natürlich am meisten auf IG BCE und auch auf die IG Metall zu, aber auch Frank Bsirske spricht häufig mehr über die volkswirtschaftlichen Erfordernisse als von den Interessen der Mitglieder. Dies wird aber alles übertroffen von der häufigen Zusammenarbeit von DGB und dem Bundesverband der Arbeitgeberverbände (BDA) oder dem Kuschelkurs gegenüber der Kanzlerin und der großen Koalition.

Auf dem letzten ver.di Bundeskongress im September 2016 hat das Projekt Perspektive 2015 ihren Abschluss gefunden. Die Entscheidung des Gewerkschaftsrates, die individuelle und die kollektive Arbeit zu trennen, hatte zu einer wahren Antragsflut geführt, bei der es darum ging, die personellen Ressourcen möglichst so einzusetzen, dass es keine Minderung der Präsenz von ver.di in den Betrieben geben dürfe. Bis dahin war es so, dass Gewerkschaftssekretär*innen in ihrem jeweiligen Fachbereich sowohl für die Mitgliederberatung wie auch für die Arbeit in den Betrieben zuständig waren, die Hauptamtlichen in den Bezirken für die weitgehende Erledigung der Arbeit in den jeweiligen Bereichen und Gliederungen. Mit der neuen Arbeitsteilung soll es ver.di Zentren geben, in denen die Mitgliederberatung, die sogenannte individuelle Mitgliederberatung (IMB) stattfindet, und die Arbeit in den Betrieben und Gremien soll separat durch die Hauptamtlichen der Fachbereiche, die Kollektive Betriebs- und Tarifarbeit (KBTA) organisiert werden. Dazu gibt es 2 Pilotlandesbezirke, Niedersachsen und Bayern, in denen diese Arbeitsteilung seit 2016 erprobt wird. Inzwischen gilt die Pilotphase als abgeschlossen und ab 2018 soll diese Arbeitsteilung in weiteren Landesbezirken eingeführt werden. Dieses Projekt hat inzwischen den Titel „ver.di wächst“ bekommen, was zum Ausdruck bringen soll, dass die neue Arbeitsteilung eine positive Mitgliederentwicklung zum Ziel hat. Dementsprechend wird der Druck auf die Hauptamtlichen zunehmen für eine solche zu sorgen.

Im Sommer diesen Jahres speiste der Bundesvorstand ein Papier in ver.di ein das die Zusammenlegung der 13 Fachbereiche auf nur noch 4 zum Ziel hat. Da gab es zunächst viel Zustimmung zumal dieses Papier einstimmig im Bundesvorstand verabschiedet sein soll. Aber desto bekannter das Papier in

den ehrenamtlichen Gremien wurde desto mehr Kritik kam auf. Vor allem wurde kritisiert, dass eine inhaltliche Begründung für die Zusammenlegung von bestimmten Fachbereichen komplett fehlte und sich das Gefühl breit machte, dass solch ein Konstrukt wohl hauptsächlich zur Effizienzsteigerung verfasst wurde. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass solch ein Papier ausgerechnet in einer Phase lanciert wird, in der die Gewerkschaft in der Vorbereitung der Trennung von individueller und kollektiver Arbeit steckt und die Zusammenlegung der Fachbereiche in dieser Zeit die Organisation überfordern würde. Es soll hierbei nicht bestritten werden, dass es im Einzelfall nicht sinnvoll ist, Fachbereiche zusammen zu legen, wie diejenigen die hauptsächlich im öffentlichen Dienst präsent sind. Aber dies müsste mit einer Debatte verbunden werden im ÖD wieder zu gemeinsamen Tarifrunden zu kommen. Inzwischen hat aber die Diskussion so richtig Fahrt aufgenommen und es wurde viel Kritik geäußert. Da die Fachbereiche einer Fusion ihre Zustimmung geben müssen, bleibt abzuwarten, wie diese sich letzten Endes entscheiden. Die Kritik scheint aber beim Bundesvorstand angekommen zu sein. Plötzlich soll es sich nur um eine Diskussionsgrundlage halten und Fachbereiche über 100.000 Mitglieder können auch weiterhin eigenständig bleiben.

Artikel von Helmut Born vom 20.11.17, erschienen in der SoZ - Sozialistische Zeitung - vom Dezember 2017 - wir danken!

Siehe [die Artikelübersicht der der SoZ vom Dezember 2017](#)

Siehe zum Hintergrund das Dossier im LabourNet Germany: [ver.di-Umstrukturierung: Ist die Auflösung der Matrix die Lösung aller Probleme?](#)